

2.2.3. Der Kampf um die Fortsetzung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone

Nach der Gründung der SED rückte der Kampf um die ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals, der unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus begonnen hatte, in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten bereits wesentliche Forderungen des Aktionsprogramms der KPD vom 11. Juni 1945 erfüllt. Die Einführung der Arbeiterkontrolle in vielen Betrieben, die Durchsetzung der Rechte der Gewerkschaften und der

Betriebsräte hatten das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse gestärkt. Es waren Beispiele dafür geschaffen worden, daß die Arbeiter die Betriebe auch ohne Kapitalisten leiten konnten. Die demokratischen Kräfte fanden bei der Bewältigung dieser Aufgabe bei der SMAD jede Unterstützung. Am 21. Mai 1946 erließ sie den **Befehl Nr. 154**. Sie ordnete darin an, das von ihr beschlagnahmte und zeitweilig unter Zwangsverwaltung gestellte Eigentum des ehemaligen deutschen Staates, der NSDAP, der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher den deutschen Selbstverwaltungen zur Verfügung zu stellen. Nunmehr lag es in der Hand der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu entscheiden, was mit diesem Eigentum geschehen sollte. Die Entmachtung des Monopolkapitals begann unter der Führung der SED in Sachsen, dem industriell am weitesten entwickelten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. Dort wurden etwa 40 Prozent der Industrieproduktion Ostdeutschlands erzeugt; dort existierte eine traditionsreiche Arbeiterbewegung. Auf Initiative der SED beantragte der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gemeinsam mit dem FDGB bei der Landesverwaltung Sachsen, einen Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Kriegsschuldigen und aktiven Nazis durchzuführen. Ende Mai 1946 veröffentlichte die Landesverwaltung einen „Gesetzentwurf über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“, über den in einem **Volksentscheid am 30. Juni 1946** abgestimmt werden sollte.

Aus dem Gesetzentwurf der Landesverwaltung Sachsen vom 25. Mai 1946

„Das ganze Vermögen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazi-Partei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt.“⁸

⁸ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 6. Berlin 1966, S. 166 f.



Dresdner Bürger diskutieren über den bevorstehenden Volksentscheid über die Enteignung der Kriegsverbrecher

Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Landes Sachsen bereiteten den Volksentscheid mit einer großen **Aufklärungskampagne** vor. Innerhalb von zehn Tagen fanden in Sachsen etwa 5 000 Versammlungen statt, darunter 500 in Industriebetrieben. Die Blockparteien und der FDGB bildeten gemeinsame Ausschüsse. Sie entschieden zusammen mit den Belegschaften, welche Betriebe enteignet werden sollten. Menschen aus allen Bevölkerungsschichten unterstützten das Ziel der Volksabstimmung. Auch Vertreter der Kirchen befürworteten die Bestrafung der Hauptschuldigen an Faschismus und Krieg. Vor allem aber trug das verantwortungsbewußte, entschlossene Auftreten der Industriearbeiter dazu bei, die Mehrheit der Bevölkerung Sachsens für die Enteignung der Kriegsverbrecher zu gewinnen.

Die Monopolherren und ihre Wortführer in den bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone versuchten, den Volksentscheid zu verhindern. Angesichts der öffentlichen Meinung wagten sie jedoch nicht, offen für die Kriegsverbrecher einzutreten. Deshalb bedienten sie sich anderer Mittel. Reaktionäre Politiker wie Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Hugo Hickmann stellten die Endgültigkeit der Ergebnisse des Volksentscheids in Frage. Damit

wollten sie eine spätere Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse möglich machen. Alle **Manöver der reaktionären Kräfte** konnten den Volksentscheid aber nicht verhindern.

Ergebnisse des Volksentscheids vom 30. Juni 1946 in Sachsen

Zur Abstimmung stand die Frage:
„Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?“

Wahlbeteiligung:

93,71 Prozent der Stimmberechtigten

davon:

77,62 Prozent stimmten für den Gesetzentwurf

16,56 Prozent stimmten mit Nein

5,82 Prozent ungültige Stimmen

Die Entscheidung der sächsischen Bevölkerung erhielt sofort Gesetzeskraft. Den Forderungen der Bevölkerung folgend, erließen auch die Verwaltungen der anderen Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone **gleichartige Gesetze**.

Am 13. Februar 1947 nahm auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit ein Gesetz zur Überführung von Konzernen in Gemeineigentum und im März 1947 eine Verordnung zur Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten an. Den Berliner Konzernen in den Westsektoren der Stadt gelang es jedoch mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte, ihrer Enteignung zu entgehen.

In diesem Prozeß begriffen immer mehr Menschen in der sowjetischen Besatzungszone, daß eine demokratische Entwicklung in Deutschland und ein dauerhafter Frieden in Europa nur möglich waren, wenn die Monopolbourgeoisie ihre wirtschaftliche Machtgrundlage verlor. Geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, konnten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten diese Aufgabe, das Kernstück der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in Angriff nehmen. Bis zum Frühjahr 1948 wurden in der sowjetischen Besatzungszone 9 281 Unternehmungen, darunter 3 843 Industriebetriebe, enteignet und in Volkseigentum überführt. Dazu gehörten die Werke der Kriegsverbrecher Flick und Krupp, der IG Farben und



Die territoriale Gliederung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1947)

der AEG. Ihrem Wesen nach entsprach diese Überführung in Volkseigentum der **Nationalisierung der Großindustrie** in den volksdemokratischen Ländern.

Die durch die Enteignungen neu geschaffenen **volkseigenen Betriebe (VEB)** wurden zur festen wirtschaftlichen Basis der sich entwickelnden antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die unter Führung der Arbeiterklasse stehenden neuen Machtorgane hatten die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft übernommen. Mit den volkseigenen Betrieben entstand ein wichtiges Element des Sozialismus.

1. Weisen Sie nach, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit der Entmachtung des Monopolkapitals im Osten Deutschlands eine wichtige Forderung des Potsdamer Abkommens erfüllten!

2. Warum war die Entmachtung des Monopolkapitals und die Bildung volkseigener Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone von entscheidender Bedeutung für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung?

In enger Wechselwirkung mit den politischen und ökonomischen Maßnahmen zur Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse führten Kommunisten, klassenbewußte Sozialdemokraten und bürgerliche Antifaschisten,



Johannes R. Becher referiert auf dem ersten Bundeskongreß des Kulturbundes in Berlin im Jahre 1947

unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, einen energischen Kampf für die **geistig-kulturelle Erneuerung**. Das bedeutete die Auseinandersetzung mit dem faschistischen und militaristischen Ungeist, mit dem tiefverwurzelten Antikommunismus. An der Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens hatten die sowjetischen Besatzungsorgane großen Anteil. Die SMAD verbot alle faschistischen, militaristischen und rassistischen Schriften. Sie ordnete die Beseitigung der nazistischen und militaristischen Einrichtungen an. Auf Initiative von Kommunisten, wie Johannes R. Becher, Willi Bredel und andere, schlossen sich schon kurz nach der Befreiung fortschrittliche Kulturschaffende zusammen und gründeten im Juni 1945 den **Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands**. Er forderte alle humanistischen Intellektuellen auf, die fortschrittliche deutsche Kultur wiederzuerwecken und ein neues deutsches Geistesleben zu entwickeln. Mit vielfältiger Unterstützung der SMAD be-

gann schon nach wenigen Wochen das Theaterleben neu. Viele Deutsche wurden zum ersten Mal mit Werken des deutschen Humanismus und der Weltkultur bekannt, die während des Faschismus verboten gewesen waren, wie zum Beispiel mit Lessings „Nathan der Weise“, Heines Dichtungen, Gorkis „Nachtasyl“ und den musikalischen Werken Mendelssohn-Bartholdys.

Einige Daten zur Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone

September 1945: Neueröffnung des Deutschen Theaters in Berlin mit Lessings „Nathan der Weise“

1. Oktober 1945: Wiederaufnahme des Unterrichts an allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone

15. Oktober 1945: Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena

November 1945: Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei in Leipzig

Februar 1946: Zentrale Kulturtagung der KPD in Berlin

April 1946: Gründung des Dietz Verlages, Berlin

Mai 1946: Lizenzverleihung an die DEFA durch die SMAD

1. August 1946: Gründung der Akademie der Wissenschaften

August 1946: 1. Deutsche Kunstausstellung in Dresden

1. September 1946: Inkrafttreten des Gesetzes zur Demokratisierung der Schule in der sowjetischen Besatzungszone

Oktober 1946: Uraufführung des ersten DEFA-Spielfilms „Die Mörder sind unter uns“

Januar 1947: Kulturkonferenz der SED in Berlin

Im Geburtsland von Marx und Engels konnten endlich die Ideen des **wissenschaftlichen Kommunismus ungehindert verbreitet** werden. Die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“, „Kritik des Gothaer Programms“, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ öffneten vielen Deutschen erstmalig den Blick in die weltverändernde Wissenschaft des

Marxismus-Leninismus. Sie fanden in den verständlichen, einleuchtenden und zum praktischen Handeln anregenden Schriften Antwort auf viele Fragen, die sie bewegten. Die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus wurden zum wichtigsten geistigen Rüstzeug der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Ein besonders schweres Erbe des Faschismus war auf dem Gebiet der **Volksbildung** zu überwinden. Der Jugend drohte am meisten geistige Verwahrlosung und moralischer Verfall. Sie mußte von der faschistischen Ideologie befreit, im Geiste einer kämpferischen Demokratie erzogen und auf die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft vorbereitet werden. Das setzte voraus, daß die jungen Menschen begriffen, welcher verbrecherischen Politik sie zum Opfer gefallen waren.

Die Demokratisierung des Schulwesens und die Wiederaufnahme des Unterrichts wurden deshalb zu einer dringenden Aufgabe. Im Oktober 1945 legten KPD und SPD in einem gemeinsamen Aufruf den Standpunkt der Arbeiterklasse zur Durchführung einer **demokratischen Schulreform** dar.

Die wichtigsten Forderungen aus dem gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD zur Durchführung einer demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945

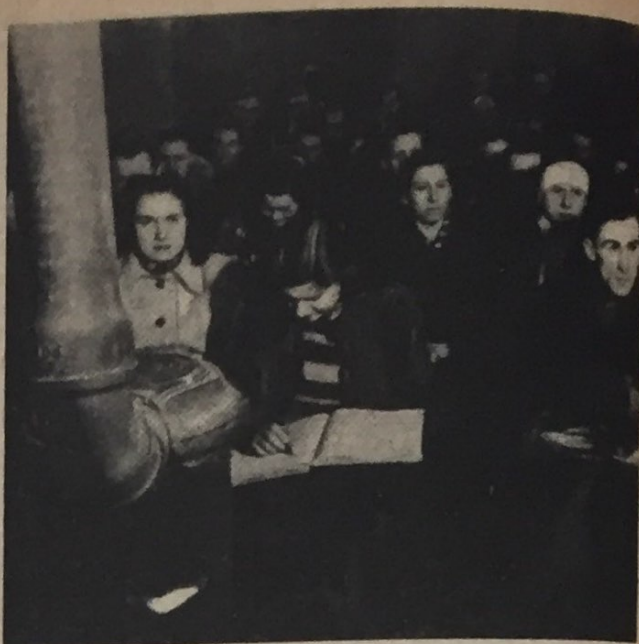
Erziehung der Jugend im Geiste der Demokratie, zur Freundschaft mit den Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln.

Säuberung des Schulwesens von nazistischen und militaristischen Elementen. Bewährte Antifaschisten in leitende Stellen, Beseitigung aller Bildungsprivilegien, Schaffung eines einheitlichen Bildungssystems.

Bei voller Anerkennung der Glaubensfreiheit klare Trennung von Kirche und Schule.

Heranbildung eines demokratischen Lehrkörpers, gründliche Reform der Lehrerausbildung.

Umstellung der Lehrpläne und Schaffung neuer Lehrbücher. Gründliche Reform des Hochschul- und Universitätswesens. Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Professoren und Dozenten. Öffnung der höchsten Bildungsstätten für alle Befähigten.



Junge Arbeiterinnen und Arbeiter bereiten sich im Winter 1945/46 in einem Lehrgang auf ihre Tätigkeit als Neulehrer vor

Es fehlte damals an Schulräumen und -bänken, an Unterrichtsmitteln und Heizung. Vor allem aber brauchte man Lehrer mit antifaschistischer Gesinnung. 78 Prozent der Lehrer waren Mitglieder der Nazipartei und anderer faschistischer Organisationen gewesen; die überwiegende Mehrheit von ihnen mußte entlassen werden. So fehlten in der sowjetischen Besatzungszone mindestens 40 000 Volks-, Mittel- und Sonderschullehrer. In Kurzlehrgängen erhielten befähigte junge Arbeiter, werktätige Bauern und Angestellte die notwendigsten Kenntnisse; 15 000 von ihnen nahmen im Schuljahr 1945/46 ihre verantwortungsvolle Tätigkeit als **Neulehrer** auf.

Mit Hilfe der SMAD und sowjetischer Pädagogen gelang es, die faschistischen Lehrbücher durch neue zu ersetzen. Bis zum Ende des Jahres 1945 konnten insgesamt 3,7 Millionen **Schulbücher** fertiggestellt werden.

Nach großen Anstrengungen der demokratischen Schulverwaltungen und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsorgane wurde im **Oktober 1945** der **regelmäßige Unterricht** in den Schulen der sowjetischen Besatzungszone wieder aufgenommen.

Als erste deutsche **Universität** öffnete am 15. Oktober 1945 die Friedrich-Schiller-Universität in Jena ihre Tore.

Aus der Ansprache des Chefs der SMA in Thüringen, Generaloberst Tschuikow, anlässlich der Eröffnung der Universität Jena

„In Stalingrad war es, wo ich gegen General Paulus eine Schlacht führte. Meine Kameraden und ich dachten nicht daran, daß wir drei Jahre später in Jena zur Eröffnung der Universität uns zusammenfinden würden. In Stalingrad handelte es sich um eine Todesschlacht zwischen der Roten Armee und der Hitlerarmee . . . Ich muß gestehen, meine Damen und Herren, damals in Stalingrad war ich von einer starken Abneigung gegen Deutschland und das deutsche Volk beherrscht, weil die deutsche Armee auf ihrer Fahne nichts als Verachtung, Haß und Barbarei trug. Nach der Erringung des Sieges und der Zerschlagung der Nazi-Armee hat sich unser Haß gelegt.

Heute in dieser Feierstunde will ich mein Glas erheben auf das Wohl des deutschen Volkes und trinken auf die Auferstehung eines neuen Deutschlands in wahren demokratischem Geist . . . Ich wende mich in dieser Stunde an die Herren Professoren der Jenaer Universität und fordere sie auf, ihr Werk an der Umerziehung des deutschen Volkes auf dem Wege zur Demokratie zu vollziehen. Ich hoffe, daß die Jenaer Universität eine Erneuerungsstätte sein wird für ein Deutschland im demokratischen Geist und eine Grabstätte des Nazismus und der Naziideologie.“⁹

⁹Zitiert nach: „Horizont“, Nr. 14/1969.

Bis zum Februar 1946 hatten alle Universitäten der sowjetischen Besatzungszone ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In die Hörsäle zog eine neue Studentengeneration ein, deren Gesicht nach und nach von Arbeiter- und Bauernkindern geprägt wurde.

Am 1. September 1946 trat in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone ein einheitliches **Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule** in Kraft. Alle Kinder besuchten danach zunächst die Grundschule. Jedem stand der Weg über die Oberschule in die höchsten Bildungsstätten offen. So wurde mit der politischen und ökonomischen Entmachtung des Imperialismus auch das jahrhundertalte **Bildungsmonopol der Ausbeuterklasse gebrochen**.

Die Entmachtung des Imperialismus und die Ausrottung des nazistischen Ungeistes beendeten auch die jahrhundertlange nationale Unterdrückung der **Lausitzer Sorben**, einer etwa 100 000 Menschen zählenden slawischen Minderheit. Im Zweisprachengebiet wurden die sorbische Sprache als gleichberechtigte Sprache anerkannt und für die Kinder der sorbischen Minderheit eigene Schulen errichtet. Die sorbische Kultur konnte endlich wieder aufblühen. Im März 1948 beschloß der Landtag in Sachsen auf Antrag der SED ein *Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung*.



Arbeiter- und Bauernstudenten am 1. Mai 1947

Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Leben der sowjetischen Besatzungszone schufen die Voraussetzung für die Durchführung allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter **Wahlen im Herbst 1946**. Gewählt wurden die Gemeindevertretungen, die Stadtverordnetenversammlungen, die Kreis- und Landtage. Die SED erhielt bei den Gemeindevahlen 58,5, bei den Kreistagswahlen 50,3 und bei den Landtagswahlen 47,5 Prozent aller Stimmen.

Damit hatte sich die Mehrheit der Wähler für die konsequenteste und führende Kraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entschieden.

● *Beweisen Sie, daß im Herbst 1946 in der sowjetischen Besatzungszone die entscheidenden Machtgrundlagen des Imperialismus beseitigt waren:*

— *Fertigen Sie dazu eine Übersicht der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen im politischen, ökonomischen und kulturellen Leben an!*

— *Vergleichen Sie Ihre Feststellungen mit dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und dem Programm der SED von 1946!*

— *Welche Gemeinsamkeiten bestanden zwischen der sich in unserem Lande bildenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den Volksdemokratien?*